

„Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung Europas“

VORBEUGUNG VON KORRUPTION IN LETTLAND

M. Grudule, Ie. Kucika, K. Skromulis

Köln, 20.-21. Februar 2006

Korruption ist ein wahrhaft globales und historisches Phänomen, dem kein Land der Welt entkommen kann. Seit unserer Unabhängigkeit 1991 hat Lettland, die Bedeutung des Aufbaus und der Entwicklung von Durchsetzungskapazitäten in verschiedenen Bereichen anerkennend, eine Anzahl wichtiger Schritte zur Stärkung seines Rechtsstaats, seiner öffentlichen Verwaltung und seines strafrechtlichen Justizsystems unternommen.

Lettland ist eines der aktivsten CEE-Länder im Kampf gegen Korruption, zumindest (aber nicht nur) auf formaler Basis. Lettland war das erste Land, das 1996 um Unterstützung bei der Anti-Korruptionspolitik von der Weltbank gebeten hat, und hat seitdem eine Reihe wichtiger Reformen zur Verbesserung der Verwaltung und der Verhinderung von Korruption ausgeführt.

Das „Corruption Prevention Law“ („*Korruptionspräventionsgesetz*“) wurde 1995 beschlossen. Obwohl dieses Gesetz das Wort „Korruption“ im Titel trägt, war es eher daraufhin ausgerichtet, Interessenskonflikte zu vermeiden. Es schrieb eine Reihe von Restriktionen für die Aktivitäten von öffentlichen Beamten vor und regulierte ihr Deklarationssystem.

Der Corruption Prevention Council (CPC) (*Korruptionspräventionsrat*), mit dem Justizminister als Vorsitzenden, wurde im September 1997 errichtet. CPC nimmt die Funktion einer koordinierenden Institution ein, um die politische Führung zum Entwurf und zur Ausführung der Corruption Prevention Strategy (*Korruptionspräventionsstrategie*) von 1997 bis August 2001 abzusichern.

Laut Entscheidung des Ministerkabinetts von 2001 wurden der CPC und der Crime Prevention Council zum Crime and Corruption Prevention Council (CCPC) (*Verbrechens- und Korruptionspräventionsrat*) unter Vorsitz des Premierministers umgestaltet. Unter den Repräsentanten und Beobachtern der Ratstreffen sind auch die Delegation der Weltbank und der Europäischen Kommission in Lettland.

Das erste Corruption Prevention Programme (CPP) (*Korruptionspräventionsprogramm*) wurde mit Unterstützung von Beratern der Weltbank entwickelt und im Februar 1998 beschlossen.

Der Ansatz konzentriert sich auf die drei wesentlichen Prinzipien der **Prävention, Durchsetzung und Ausbildung** (Hongkong-Modul).

In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig zu erwähnen, dass das Projekt „**Anticorruption Training, Legislation and Information Programme**“ (*„Programm zu Antikorruptionsweiterbildung, -gesetzgebung und -information“*) von EU PHARE seine Tätigkeit in Lettland als eines der ersten seiner Art in Mittel- und Osteuropa Anfang Januar 2000 aufgenommen und im Oktober 2001 abgeschlossen hat. In der Vorbereitung und während des Implementierungsprozesses des Projektes spielt die Latvian School of Public Administration (LSPA) (*Lettische Schule für Öffentliche Verwaltung*) eine wichtige Rolle. Als eines der Ergebnisse des

Projektes ist der Ausbildungskurs "Korruptionsverhinderung" immer noch ein Teil des Lehrplans.

Um einen effektiven, zentralisierten und vereinten Kampf gegen Korruption sicherzustellen, ist eine zentrale Institution - das Corruption Prevention and Combating Bureau (CPCB) (*Büro zur Korruptionsvorbeugung und -bekämpfung*) - eingerichtet worden. Die Arbeit des CPCB ist dreifach gegliedert: Prävention von Korruption, Bekämpfung von Korruption und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Anti-Korruptionsmaßnahmen. Vor der Einrichtung des CPBC gab es viele Behörden, die sich mit Anti-Korruptionsaufgaben beschäftigten, was eine fehlende Kooperation von Aktivitäten, einen ineffizienten Einsatz von Ressourcen und doppelte Arbeitsvorgänge der für Korruptionsbekämpfung zuständigen Behörden zur Folge hatte.

Das CPCB ist eine Institution der Staatlichen Verwaltung unter Aufsicht des Ministerkabinetts, das vom Premierminister ausgeführt wird. Dies sichert die Unabhängigkeit der Institution, die entscheidend für die Bekämpfung von Korruption ist. Die Hauptaufgaben der CPCB lauten wie folgt:

- Beurteilung der Handlungen der öffentlichen Beamten im Bezug auf die Befolgung des Gesetzes „On Prevention of Conflict of Interest in Actions of State Officials“ (*„Zur Verhinderung von Interessenskonflikten bei Handlungen von Staatsbeamten“*);
- Ausführung von Aktionen von Ermittlungsbehörden und strafrechtlichen Nachrichtendiensten zur wie im Strafrecht vorhergesehenen Aufdeckung strafrechtlicher Vergehen im Bereich der Korruption;
- Anklage von öffentlichen Beamten mit administrativer Haftung und Strafverhängung in Fällen von Verwaltungsverstößen im Bereich der Korruption;
- **Überwachung politischer Parteien in Bezug auf die Befolgung der Regulierungen zur Parteienfinanzierung** sowie in vom Gesetz vorgesehenen Fällen Anwendung von administrativer Haftbarkeitsvorschriften und Verhängung angemessener Strafmaßnahmen;
- Entwicklung von Methoden zur Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption im öffentlichen und im privaten Sektor;
- Aufklärung der öffentlichen und staatlichen Beamten in Bereichen des Rechts, der Ethik und der Korruptionsvorbeugung.

Das CPCB ist in enger Zusammenarbeit mit an Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption beteiligten Behörden und Institutionen verantwortlich für die Ausführung von Aufgaben des *National Programme for Corruption Prevention and Combating in Latvia for 2004-2008 (Nationales Programm für Korruptionsvorbeugung und -bekämpfung in Lettland für 2004-2008)*, das von der Regierung im August 2004 beschlossen wurde. Das Programm setzt klare Prioritäten und definiert die verantwortlichen Institutionen, ihre Aufgaben und Zeitpläne für die Durchführung der Strategie, um so die Kooperation aller beteiligten Behörden zu koordinieren.

Eines der im Nationalen Programm festgelegten Ziele ist der Aufbau eines rechtlichen Bewusstseins bei Staatsbeamten und anderen Gesellschaftsmitgliedern in Bezug auf das Thema Korruption, was eine Reihe von Ausbildungs- und Aufklärungsaktivitäten

wie Weiterbildung von Staatsbeamten zum Thema Korruptionsvorbeugung, Aufklärung der Öffentlichkeit über wichtige oder mit großer Resonanz vor Gericht verhandelter Fälle sowie Aufklärung der Öffentlichkeit und der Massenmedien über eingeführte Anti-Korruptionsmaßnahmen und aufgedeckte Korruptionsfälle erfordert.

Um Korruption zu verhindern, klärt das CPCB (in Zusammenarbeit mit der LSPA) die Gesellschaft und öffentliche Beamte in den Bereichen Recht und Ethik auf und informiert die Öffentlichkeit über gefundene Entwicklungstendenzen von Korruption und Betrug. Um Unterstützung und Richtlinien zur Einführung der vom *National Programme for Corruption Prevention and Combating for 2004 - 2008* definierten Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, hat das Büro Diskussionsrunden und Seminare von Vertretern verschiedener Institutionen organisiert.

Um die notwendige Verbindung mit der Gesellschaft und das öffentliche Vertrauen in die Ziele des Büros sicherzustellen, wurde der *Public Consultative Council (Öffentlicher Konsultationsrat)* des Büros geschaffen. Der *Public Consultative Council* schließt Mitglieder des NGO-Sektors, der Massenmedien und des privaten Sektors ein. Durch die Zusammensetzung des Rates aus Vertretern beruflicher Vereinigungen und Organisationen wird erwartet, dass die beim Ratstreffen zur Sprache gebrachte Probleme dabei helfen werden, die jeweiligen Handlungsgebiete zu verbessern.

Lettland setzt seine Ausrichtung an Anti-Korruptionsinstrumenten der EU fort.